



Vorsitzender: Michael Mittelstaedt
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stuttgart, den 10.1.2020

Stellungnahme des Landeselternbeirates zum Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Gesetz zur Durchführung von Hausunterricht mit Jahresabschluss- prüfungen und Schulabschlussprüfungen

Der Landeselternbeirat (LEB) hat sich mit dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion bezüglich eines Gesetzes zur Durchführung von Hausunterricht mit Jahresabschluss- und Schulabschlussprüfungen befasst.

Der LEB lehnt diesen Gesetzentwurf ab.

Begründung:

Der Gesetzentwurf ist dazu geeignet, die soziale und politische Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben und Bildungsungerechtigkeiten zu verstärken.

Dieses Gesetz widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schulpflicht (1 BvR 436/03): Schule hat auch die Heranbildung verantwortlicher Staatsbürger in einer pluralistischen Gesellschaft zum Ziel. „Soziale Kompetenz im Umgang auch mit Andersdenkenden, gelebte Toleranz [...] können effektiver eingeübt werden, wenn Kontakte mit der Gesellschaft und den in ihr vertretenen unterschiedlichsten Auffassungen [...] Teil einer mit dem regelmäßigen Schulbesuch verbundenen Alltagserfahrung sind.“

Nachdem Behinderungen und psychische Erkrankungen explizit erwähnt werden, könnte das Gesetz schlimmstenfalls das Ende der schulischen Inklusion bewirken.

Ferner würde das Gesetz Landesregierung und Kultusministerium ermöglichen, Schulen noch schlechter auszustatten als bisher, weil Eltern bei entsprechenden finanziellen Mitteln die Möglichkeit erhielten, ihre Kinder gegebenenfalls besser zu beschulen. Es ist allerdings nicht Aufgabe der Eltern, für ihre Kinder das Recht auf Bildung zu organisieren. Zudem haben die wenigstens Eltern eine pädagogisch oder fachlich ausreichende Ausbildung, um ihre Kinder umfassend zu unterrichten.

Nicht zuletzt müssten für die Erarbeitung sowie Validierung und Überwachung des Hausunterrichtes enorme Ressourcen verwendet werden. Diese Mittel sollten besser direkt in die Schulen fließen.

Für den 19. Landeselternbeirat

Michael Mittelstaedt
Vorsitzender